

INTEGRATIONSVERSTÄNDNIS UND INTEGRATIONSPOLITISCHE ZIELE: DIE WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN IM VERGLEICH

Dr. Sandra Kostner, PH Schwäbisch Gmünd

Schwäbisch Gmünd, 21. Oktober 2017



Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele von CDU/CSU

Für ein Deutschland,

in dem wir gut

und gerne leben.

Regierungsprogramm 2017 – 2021

CDU

CSU

„Schadensbegrenzung“

- „Eine Situation wie im Jahre 2015 soll und darf sich nicht wiederholen, da alle Beteiligten aus dieser Situation gelernt haben. Wir wollen, dass die **Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt**. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durch Resettlement und Relocation nachkommen“:
 - Algerien, Marokko und Tunesien sollen zu **sicheren Herkunftsländern** erklärt werden;
 - **Rückführungen**, ggf. auch Abschiebungen, rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber sollen verstärkt erfolgen;
 - **„Europäische Lösung“**: Nach Vorbild EU-Türkei-Pakt sollen weitere Abkommen geschlossen werden; Außengrenzen sollen besser geschützt und Schleuser bekämpft werden; Vollendung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und damit eines auf eine gemeinsame europäische Verantwortung abzielenden Asylsvstems;
 - **Marshall-Plan mit Afrika** als Humanitätsmaßnahme und im Eigeninteresse: dieser soll Empfänger zu „eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln befähigen. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union wollen wir erreichen, dass eine neue mittelständische Kultur der Selbständigkeit entsteht.“
- **„Die Union ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit“**:
 - Sicherheitsbehörden wurden durch **Anti-Terror-Pakete** gestärkt;
 - „Wir haben die Sicherheitsbehörden personell in einem Umfang verstärkt wie nie zuvor“;
 - In der Zukunft **mehr Polizisten** und **bessere Koordination** zwischen den Sicherheitskräften;
 - **Abschiebung von Straftätern** mit ausländischem Pass wurde erleichtert.

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele von CDU/CSU

Für ein Deutschland,

in dem wir gut

und gerne leben.

Regierungsprogramm 2017 – 2021

CDU

CSU

Humankapitalorientierung und (Vor-)Leistungsprinzip

- Deutschland braucht aufgrund des demographischen Wandels einen Fachkräftezuzug, um diesen zu steuern, „braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches ‚**Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz**‘ wird die bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten.“ Voraussetzung: Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und Sicherung des Lebensunterhalts. „**Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab.** Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration.“
- „Wir wollen, dass möglichst alle, die **mit Bleibeperspektive neu** nach Deutschland kommen, baldmöglichst ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten können. Dazu sind das **Erlernen** der deutschen Sprache und die **Bereitschaft** zu beruflicher Integration unerlässlich.“
- Bzgl. der Integration folgt die CDU dem „Ansatz des **Forderns und Förderns**“. U.a. strebt sie „den Abschluss von **verbindlichen Integrationsvereinbarungen** an“. Hierbei sieht es die CDU als Aufgabe des Staates, das Sprach- und Integrationskursangebot sowie Angebote zur Arbeitsmarktintegration auszuweiten. Ein regelmäßiges Integrationsmonitoring soll der Erfolgsmessung dienen.

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele von CDU/CSU

Für ein Deutschland,

in dem wir gut

und gerne leben.

Regierungsprogramm 2017 – 2021

CDU

CSU

Identifikatorisch-kulturelle Integrationsfragen

- Dauerhafte **doppelte Staatsbürgerschaft** soll eine Ausnahme bleiben; **Generationenschnitt** soll für Bürger, die **nicht** aus der **EU** stammen, ab der Enkelgeneration eingeführt werden; hierzu strebt die Union einen raschen Abschluss von Vereinbarungen mit den hauptbetroffenen Staaten an.
- Bewahrung und Stärkung der **freiheitlichen Leitkultur**, welche in zehn Punkten, davon fünf mit explizitem Migrationsbezug, zwei mit teilweise Migrationsbezug und einer mit implizitem Migrationsbezug, ausgeführt wird:
 - „Zu unserem Land gehören alte und neue Deutsche, Menschen mit und ohne deutschen Pass, mit und ohne Migrationshintergrund. Die große Mehrheit ebenso wie ethnische und gesellschaftliche Minderheiten. Wir schließen niemanden aus und bitten alle, an einer guten Zukunft Deutschlands mitzuwirken.“
 - „Es ist in beiderseitigem Interesse, dass Integration stattfindet und gelingt. So werden wir das Entstehen von Parallelgesellschaften und von Multi-Kulti verhindern.“
 - „Die **deutsche Sprache** ist ein besonders wichtiger Teil unserer Identität und Leitkultur. Wir wollen sie künftig noch stärker fördern und wertschätzen, als Amtssprache, als Kultursprache und als Umgangssprache in der Familie, in der Schule und im Alltag, auf allen Ebenen.“
 - „Wir streben an, dass Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, Deutsch lernen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und an gesellschaftlicher Teilhabe zu verbessern. Weil wir ein weltoffenes Land mit starker internationaler Vernetzung sind, wollen wir umgekehrt auch das Erlernen von Fremdsprachen stärker unterstützen.“
 - **Gleichberechtigung der Geschlechter** gilt für alle in Deutschland lebenden Menschen.
 - **Ehrenamtliches Engagement** als „vielleicht der wertvollste und wichtigste Teil unserer Leitkultur“ gesehen.

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele von CDU/CSU

Für ein Deutschland,

in dem wir gut

und gerne leben.

Regierungsprogramm 2017 - 2021

CDU

CSU

Religiöse Integrationsfragen

- „Die in Deutschland lebenden **Muslime** tragen mit ihren Ideen und ihrer Arbeit seit langem zum Erfolg unseres Landes bei und **gehören deshalb zu unserer Gesellschaft**. In der Deutschen Islam Konferenz haben wir bereits vor Jahren den Dialog mit den hier lebenden Muslimen und ihren Organisationen begonnen. Wir erwarten greifbare Erfolge und werden alle Dialogpartner dazu verpflichtet.“
- „Wir wollen helfen, dass sich der friedliche und integrationsbereite Islam in Deutschland auf dem Boden des Grundgesetzes so organisiert, dass er Verhandlungs- und Dialogpartner von Staat und Gesellschaft sein kann.“
- Schließung von Moscheen, in denen Hass und Gewalt gepredigt werden.
- Ablehnung politischer Einflussnahme aus dem Ausland.

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele der CSU



Fokus auf identifikatorisch-kultureller Integration

- Kapitel 5 „**Damit Deutschland Deutschland bleibt**“, Eingangsstatement gibt die Stoßrichtung vor:

*„Wir sind ein Land mit **gewachsener Identität**. Unsere **Leitkultur** ist nichts Beliebiges, das man austauschen kann. Vielmehr ist sie das, was unser Land stark gemacht hat. Unsere Identität mit unserer unverwechselbaren Leitkultur gibt uns Kraft und Stabilität, auch für die Zukunft. Wer zu uns kommen will, hat sich nach uns zu richten.*

- Diese Stoßrichtung wird in 9 Punkten ausgeführt:

- **„Unsere Leitkultur ist Maßstab“**: „...Die CSU steht ohne Wenn und Aber zur Geltung der Leitkultur. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass jeder, der zu uns kommt, die Leitkultur achtet. **Leitkultur umfasst die bei uns geltende Werteordnung christlicher Prägung**, unsere Sitten und Traditionen sowie die Grundregeln unseres Zusammenlebens.“
- **„Unser Land ist und bleibt christlich geprägt“**: „...Wir sind tolerant und respektvoll gegenüber anderen Religionen, aber wir führen keine islamischen Feiertage ein. Wir müssen unsere christlichen Wurzeln bewahren.“
- **„Es geht um die offensive Verteidigung unserer Werte“**: „Wir müssen unsere kulturelle Identität aktiv verteidigen und auch leben. Das heißt: Keine Selbstrelativierung unserer Werte, kein vorauseilender Gehorsam und kein Verzicht auf unsere kulturellen Gepflogenheiten. Es bleibt dabei: Christkindlmärkte sind keine Winterfeste, St. Martinsumzüge keine Lichterfeste, in öffentlichen Kantinen, Kindergärten und Schulen darf Schweinefleisch kein tabu sein. Muslimische Mädchen sollen am Schwimmunterricht teilnehmen. In Deutschland gehört es sich, auch Frauen mit Handschlag zu begrüßen.“

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele der CSU



Gelingensbedingungen und (Vor-)Leistungsprinzip

– „Bayern ist das Land der gelingenden Integration“:

- „Gelungene Integration ist eine Bereicherung. Wer sich hier eine Existenz aufbaut, wer etwas leistet und sich in unsere Gemeinschaft einbringt, findet hier neue Heimat.“
- „Bayern ist weltoffen, aber nicht multikulturell. In Bayern gelten Leitwerte. Integration hat bei uns eine Richtung. Deshalb gelingt bei uns Integration.“

– „Integration nach dem Grundsatz des Forderns und Förderns“:

- „Integration ist zuallererst eine Bringschuld.“
- „Es gibt eine bayerische Hausordnung: Wer bei uns leben will, muss sich integrieren, Deutsch lernen und seinen Lebensunterhalt selbst verdienen.“
- „Wir werden die Integrationsbereitschaft von Zuwanderern künftig stärker einfordern als bisher. Das Gelingen der Integration ist Voraussetzung für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Wer sich der Integration verweigert und unsere Rechtsordnung missachtet, muss mit Konsequenzen rechnen, die bis zum Verlust der Aufenthaltsberechtigung reichen können.“

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele der FDP

**DENKEN
WIR NEU.**

**DAS PROGRAMM
ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017
DER FREIEN DEMOKRATEN
„SCHAUEN WIR NICHT LÄNGER ZU.“**

Freie
Demokraten
FDP

Integration-by-migrant-selection-Ansatz

- **Einwanderungsgesetz** basierend auf einem humankapitalorientierten Punktesystem gefordert;
- Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte wird als unantastbar gesehen, für **Kriegsflüchtlinge** soll ein eigener, **temporärer Schutzstatus** für die Dauer des Krieges geschaffen werden; Spurwechsel („Rechtskreiswechsel“) soll für die Flüchtlinge möglich sein, die die Kriterien für ausländische Fachkräfte erfüllen.

Vorleistungsprinzip

- Setzt bei in erster Linie bei der Mehrheitsgesellschaft an:
 - **Ausbau der Integrationskurse** zu einem modularen „Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht“;
 - **Anerkennung** ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse soll verbessert werden (Verfahrensbeschleunigung und bundesweit einheitliche Standards, Rechtsanspruch auf vorherige Beratung;
 - **Schnellerer Zugang** von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive zum Arbeitsmarkt: Aufhebung von Arbeitsverboten und „Markteintrittsbarrieren wie Vorrangprüfungen“;
 - „**Englisch als ergänzende Verkehrs- und Amtssprache testen**“: v.a. ausländische Fachkräfte sollen sich nicht durch anfängliche Sprachbarrieren von der Migration abschrecken lassen, durch die Einführung von English als Zweitsprache in der Verwaltung soll es Einwandernden leichter gemacht werden, „ihre Verwaltungsangelegenheiten zu regeln und sich über ihre Chancen und Pflichten in Deutschland zu informieren“.

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele der FDP

**DENKEN
WIR NEU.**

**DAS PROGRAMM
ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017
DER FREIEN DEMOKRATEN
„SCHAUEN WIR NICHT LÄNGER ZU.“**

Freie
Demokraten
FDP

Identifikatorisch-kulturell-religiöse Integrationsfragen

- **Doppelte Staatsbürgerschaft** soll grundsätzlich für alle möglich sein; Generationenschnitt ab der Enkelgeneration der Ersteingebürgerten;
- **Klare Absage an eine kulturell-konnotierte Leitkultur:** Im Rahmen der Ordnung des Grundgesetzes „muss es jedem Menschen freigestellt sein, so zu leben, wie er es für richtig hält; auch wenn dies den Traditionen der Mehrheitsgesellschaft zu widersprechen vermag. Denn wir lehnen es prinzipiell ab, wenn eine Mehrheit versucht, dem einzelnen Individuum ihre Kultur aufzuzwingen, sondern respektieren jeden Menschen so, wie er ist.“
- **Religionsfreiheit** heißt für die FDP, dass sie ein „generelles Verbot der freiwilligen Verschleierung“ ablehnt, „soweit dies nicht, etwa in öffentlichen Einrichtungen, im Einzelfall zur Identifizierung der Personalien oder nach dem Versammlungsrecht notwendig ist.“
- Die **Missachtung des Grundgesetzes** „als objektive Werteordnung unserer Gesellschaft“ markiert die Grenze von Toleranz und Respekt.
- **Einflussnahmen** aus dem Ausland durch die Finanzierung religiöser Vereine und Einrichtungen lehnt die FDP ab und nennt hier konkret die Türkei und Saudi-Arabien.

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele von Bündnis 90/Die Grünen

Humanität für Alle als Leitmotiv



**ZUKUNFT
WIRD
AUS MUT
GEMACHT.**

Bundestagswahlprogramm 2017

- Lehnen **Asylrechtsverschärfungen** der letzten Jahre als inhuman ab und wollen diese „im Sinne einer humanen und menschenrechtlichen Flüchtlingspolitik korrigieren“;
- Lehnen das Konzept der „**sicheren Herkunftsstaaten**“ ab wie auch die Ausweitung und Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats;
- Wollen **freiwillige Rückkehr stärken** und stellen sich „gegen den an Zahlen ausgerichteten Abschiebepopulismus der Großen Koalition“: Es „muss auch darauf geachtet werden, dass Geflüchtete nicht von staatlicher Seite zur freiwilligen Rückkehr gedrängt werden. Sammelabschiebungen sind für uns inakzeptabel. Mit uns in der Bundesregierung wird es keine Abschiebungen in Krisenregionen geben“;
- Wollen Unterteilung in Asylsuchende in mit und ohne gute Bleibeperspektive aufheben und **allen eine schnelle gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen**, v.a. durch Sprach- und Integrationskurse, Ausbildungsprogramme, Arbeitsaufnahme und Familienzusammenführung;
- Wollen **Resettlement** als Ergänzung zum bestehenden Flüchtlingschutz einführen sowie **humanitäre Visa**, die die legale Einreise nach Europa zur Asylbeantragung ermöglichen;
- Werfen der EU **Abschottungspolitik** vor und bezeichnen diese als unmenschlich, befürworten Sicherung der Außengrenzen zur Identitätsfeststellung, lehnen sie aber als Migrationsbarriere ab; lehnen Hotspots als unmenschlich ab; wollen den EU-Türkei-Deal beenden und sind strikt gegen weitere „De-Facto-Auslagerungen“ der europäischen Außengrenzen durch Migrationspartnerschaften mit Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt sind; Zukunftspakt zwischen der EU und Afrika;
- Streben ein faires und menschenrechtlich-orientiertes **gemeinsames europäisches Asylsystem** an; europaweit sollen einheitliche Asylverfahren mit hohem Schutzstandard implementiert werden;
- Streben stärkere Berücksichtigung **geschlechtsspezifischer Fluchtgründe** an.

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele von Bündnis 90/Die Grünen



**ZUKUNFT
WIRD
AUS MUT
GEMACHT.**

Bundestagswahlprogramm 2017

Vorleistungsprinzip: „Mehr Integration wagen“ statt „diffuser Leitkultur“

- Integration wird als „partizipativer Prozess“ verstanden, der „von allen Beteiligten die Bereitschaft in unserer Gesellschaft zusammenzuleben, abverlangt. Dabei sind die Werte des Grundgesetzes Grundlage für das Zusammenleben in unserem Land, nicht eine ‚diffuse Leitkultur‘, Für die, die zu uns kommen, bedeutet Integration den **Erwerb** der deutschen Sprache, einen **Zugang** zu guter Bildung, zum Arbeitsmarkt, zum Wohnungsmarkt, zum politischen Leben, perspektivisch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sowie die Teilhabe an der demokratischen Wertegemeinschaft. Dies kann nur gelingen, wenn **wir strukturelle Hürden und Diskriminierung abbauen und Akzeptanz fördern**“;
- **Flüchtlinge**: Staat muss schnelle Integration ermöglichen, durch „schnellen Wechsel von Massenunterkünften in Wohnungen und dafür ausreichend bezahlbaren Wohnraum“, welcher allen zugute käme, wie auch „eine Bildungsoffensive für mehr gute Kindertagesstätten und Schulen“; schnellere und unbürokratischere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen; Abschaffung Vorrangprüfung;
- **Bildungssystem** soll insgesamt so durchlässig gestaltet werden, „das wir auch gegenüber Migrantinnen und Migranten das Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung einhalten können“;

Integrationspolitisches Verständnis und integrationspolitische Ziele von Bündnis 90/Die Grünen



**ZUKUNFT
WIRD
AUS MUT
GEMACHT.**

Bundestagswahlprogramm 2017

„Mehr Integration wagen“ statt „diffuser Leitkultur“

- Wollen „**mehr Demokratie für die Einwanderungsgesellschaft**“ erreichen:
 - (1) durch die Einführung eines **liberalen Staatsbürgerschaftsrecht**, d.h. schnellere Einbürgerungen, bedingungsloses Geburtsrecht (wenn ein Elternteil einen legalen Aufenthaltstitel besitzt) und generelle Akzeptanz von Mehrstaatigkeit;
 - (2) und durch die Verbesserung politischer Teilhabe verbessern durch Einführung **Kommunalwahlrecht** für Drittstaatsangehörige;
- Betrachten den **Islam als Teil Deutschlands**, wie „alle anderen Religionen und Weltanschauungen“.
- Wollen „islamische Gemeinschaften, die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imam*innen und islamischen Religionslehrer*innen, die an deutschen Hochschulen unter Wahrung der Freiheit der Wissenschaft, wie bei anderen Theologien auch, ausgebildet worden sind und die auch auf Deutsch predigen können.“
- Islamische Gemeinschaften sollen als Religionsgemeinschaften im Sinne des GG anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Gegenwärtig ist dies bei den großen muslimischen Verbänden nicht der Fall; statt bekenntnisförmig sind sie nach politischen und sprachlichen Identitäten organisiert; inakzeptabel ist für die Grünen in diesem Zusammenhang, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und „zu politischen Zwecken bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.“

Integrationspolitische Stolpersteine auf dem Weg nach Jamaica



- Fluchtmigration
- Familiennachzug im Allgemeinen und zu subsidiär
Schutzberechtigten im Besonderen
- Vorleistungsprinzip
- Leitkultur
- Doppelte Staatsangehörigkeit
- Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige



VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERSAMKEIT!